



Illegale Suchtmittel werden immer öfter im Darknet bestellt und auf dem Postweg versandt.



Bei Kontrollen von Polizei und Zoll im Postverteilerzentrum Wien-Inzersdorf wurden 3.000 Drogenpakete sichergestellt.

# Kampf gegen Onlinedealer

**Der Suchtmittelhandel über das Darknet und der Vertrieb über den Postweg hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Die Arbeitsgemeinschaft Flavus stellte 2020 über 3.000 Drogenpakete sicher.**

**D**er Suchtmittelhandel findet nicht mehr nur auf Straßen statt, sondern zunehmend auch im digitalen Raum, im Darknet“, sagt Brigadier Daniel Lichtenegger, BA MA MA, Leiter des BK-Büros zur Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität. Deshalb hat das Büro zur Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität seit 2016 die Ermittlungen in der Online-Suchtmittelkriminalität massiv verstärkt. Seither wurden rund 15.000 Postsendungen mit illegalen Suchtmitteln sichergestellt. Rund 13.000 Sicherstellungen erfolgten in Österreich, die restlichen Sendungen wurden durch ausländische Sicherheitsbehörden aus dem Verkehr gezogen.

Aufgrund der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Zollverwaltung wurden über 500 Kilogramm Drogen beschlagnahmt. Mit 350 Kilogramm wurden synthetische Suchtmittel wie Amphetamin oder Methamphetamine am häufigsten in den Postsendungen gefunden. Der Rest verteilt sich auf Cannabisprodukte, Kokain, Heroin und andere illegale Drogen. Rund zwei Drittel der 15.000 Sendungen wurden aus den Niederlanden versendet.

**Sicherstellungen von Suchtmittellieferungen** sind oft erst der Beginn von weiteren Ermittlungen. Im Laufe der Jahre kam es, unabhängig von den rund 15.000 Sendungen und den damit verbundenen Berichten an die Staatsan-

waltschaft, zu Tausenden Anzeigen, mehr als 500 Hausdurchsuchungen sowie mehr als 200 Festnahmen und Sicherstellungen von Bargeld, Falschgeld sowie Waffen und Waffenteilen bei Folgeamtshandlungen.

**AG Flavus.** Nachdem in Österreich bei Kontrollen durch die Polizei und Zollverwaltung regelmäßig Sendungen mit illegalen Suchtmitteln sichergestellt worden waren und der Trend anhielt, wurde mit 1. Jänner 2020 die AG Flavus im Büro zur Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität eingerichtet. Sie kämpft gegen den Suchtmittelhandel über den Postversand. Das Postverteilerzentrum in Wien-Inzersdorf stand dabei im Fokus der Ermittlungen.

„Die Prioritäten bei der Bekämpfung des Online-Suchtmittelhandels sind klar festgelegt. Als Priorität Nummer eins sind die nationalen Onlinehändler zu nennen, die die Drogen im Inland sowie ins Ausland versenden. Nummer zwei



**Der Suchtmittelhandel im Darknet verdrängt den Straßenhandel nicht.**

sind die ausländischen Dealer, die Suchtmittel nach Österreich versenden und weiters die Käufer und somit Abnehmer der Drogen. Bei ihnen handelt es sich um Konsumenten, aber auch Sub-Dealer sind unter ihnen zu finden, die die Drogen dann weiter vertreiben“, erklärt Lichtenegger.

**Bilanz.** 2020 wurden 3.045 Postsendungen in Österreich sichergestellt. Sie enthielten 52 Kilogramm Suchtmittel, darunter über 13 Kilogramm synthetische Suchtgifte, mehrere Kilogramm Kokain, Heroin und Cannabisprodukte. Darüber hinaus wurden über 20.000 Stück diverser synthetischer Drogen, darunter Tausende Stück Ecstasy-Tabletten und LSD, entdeckt. Die meisten Postsendungen kamen aus den Niederlanden (2.256), gefolgt von Österreich (403) und Spanien (243). Die Empfängerinnen und Empfänger waren über ganz Österreich verteilt, wobei Wien, Oberösterreich und die Steiermark am häufigsten vertreten waren. Im Durchschnitt enthielt eine Postsendung 17 Gramm beziehungsweise sieben Stück Suchtmittel. Es gab auch Sicherstellungen von bis zu 600 Gramm Drogen in einzelnen Postsendungen. „Durch diese Vorgehensweise konnte der nationale Markt bis dato unter Kontrolle gebracht werden und zahlreiche in Österreich aktive Online-Drogenhändler ausgeforscht, festgenommen und verurteilt werden“, unterstreicht Lichtenegger.

**Rasputin.** Dies zeigt sich besonders deutlich in der Operation Rasputin: Im Juni 2019 stießen Grazer Kriminalbeamte im Darknet auf eine Person, die unter dem Pseudonym „Rasputin“ mit großen Mengen an Suchtmitteln sowie Substanzen handelte, die dem Neue-psychoaktive-Substanzen-Gesetz unterliegen. Im Zuge nachfolgender Ermittlungen wurden zunächst in Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt und den Stadtpolizeikommanden Graz und Innsbruck sieben österreichische und ein albanischer Tatverdächtiger ausgeforscht und festgenommen. Sie standen im Verdacht, illegale Substanzen über Rasputin bezogen und weiterverkauft beziehungsweise für andere Abnehmer hinterlegt zu haben. Weitere Untersuchungen führten die Ermittlerinnen und Ermittler schließlich zu Rasputin selbst, einem 44-jährigen Österreicher. Er wurde am 3. August 2020 wegen des Handels von mehr als 100 Kilogramm Drogen aller Art, Waffenhandel sowie Anstiftung zur Urkundenfälschung bei der Staatsanwaltschaft Graz angezeigt und zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt.

„Das Ziel ist nicht nur in technischer Hinsicht, diese Täter beziehungsweise Tätergruppierungen anzugreifen, sondern vor allem die Vertriebsstruktur zu zerschlagen“, betont Büroleiter Lichtenegger.

**Kooperationen.** Um nationale Tätergruppen effektiv zu bekämpfen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zollverwaltung notwendig. Diesen Weg der Partnerschaft will man 2021 weitergehen und die Schwerpunktaktionen auf alle Postverteilerzentren in Österreich ausweiten, gemeinsam mit den Landeskriminalämtern und Zollorganen. Auch die europäischen und internationalen Kooperationen sind von Bedeutung. Hier fungiert Europol als wichtige Schnittstelle und Frontex ist ein wichtiger Partner im Kampf gegen die Suchtmittelkriminalität via Postversand. So stellt Frontex dem BMI und der Zollverwaltung einen sogenannten Raman-Spektrometer zur Verfügung. Das ist ein Gerät, das Explosivstoffe, Drogen und andere Stoffe in Verpackungen anzeigt. Das Gerät ermöglicht schnelle und genaue Kontrollen von Postsendungen. Es wurde bei den Kontrollen im Postverteilerzentrum in Wien-Inzersdorf erfolgreich eingesetzt.

*Romana Tofan*

## NORDMAZEDONIEN

### Unterstützung in der OK-Bekämpfung

Im Frühjahr 2020 wurde von der Europäischen Kommission das IPA-Projekt für Nordmazedonien zum Thema „EU Rule of Law“ ausgeschrieben. Mit dem „Instrument für Heranführungshilfe“ (IPA) fördert die Europäische Kommission Projekte, die Beitrittskandidaten oder potenziellen Beitrittskandidaten beim Ausbau und der Weiterentwicklung wichtiger Eckpfeiler helfen sollen. Darunter fällt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen IPA-Ländern und EU-Mitgliedsstaaten. Das Bundeskriminalamt ist Partner in einem IPA-Projekt, bei dem es um Unterstützung für Nordmazedonien geht. Das Projekt startete Ende Jänner 2021, wird sich über fünf Jahre erstrecken und ist mit einem Gesamtbudget von 12,45 Millionen Euro zur Gänze gefördert.

**EU Rule of Law.** Aufgrund seiner Lage am Westbalkan nimmt Nordmazedonien eine sicherheitspolitische Schlüsselposition in Europa ein. Das übergeordnete Ziel des Projekts ist die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Nordmazedonien. Um das zu erreichen, wurde der Wirkungsbereich in vier Komponente gegliedert. Die erste Komponente betrifft die Verbesserung der Kapazitäten von Justizinstitutionen, um dadurch eine transparente Gerechtigkeit zu fördern. Weiters steht nicht nur die Verbesserung der Korruptionsprävention und -bekämpfung im Mittelpunkt, sondern auch ein erhöhter Schutz der Grundrechte. Das Bundeskriminalamt steht Nordmazedonien im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zur Seite. Etwa in der Vermittlung moderner Ermittlungstechniken, um effizienter gegen Kriminelle vorzugehen. Expertinnen und Experten des Bundeskriminalamts geben ihr Wissen und ihre Erfahrung bei der Verbesserung strafrechtlicher Ermittlungen und Finanzermittlungen weiter. Dies soll etwa durch gemeinsame Ermittlungen mit den nordmazedonischen Vollzugsbehörden erfolgen. „Ein wichtiger Punkt ist, den Ausbildungsbedarf hinsichtlich des Führungsmanagements bei Ermittlungen

zu evaluieren, denn nur so können zielgerichtete Aktionen und Schulungen forciert werden“, erklärt Dieter Csefan, BA MA, Leiter der Abteilung 3 (Ermittlungen, organisierte und allgemeine Kriminalität) des Bundeskriminalamts. Vor allem die Bereiche Geldwäsche, Finanzermittlungen, illegaler Drogenhandel, Migrantenschmuggel und Cybercrime im Darknet stehen im Fokus der nächsten fünf Jahre. Im Bundeskriminalamt wird das Projekt vom Team des Coordination Center Investigations (CCI) der Abteilung 3 abgewickelt. Es koordiniert die Aufgaben für die projektbeteiligten Büros und Abteilungen aus dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern. Günther Bechtloff ist für das Bundeskriminalamt in Nordmazedonien stationiert. Er war lange Zeit Verbindungsbeamter des BMI in Serbien. Durch sein Netzwerk, das er über die Jahre aufbauen konnte, ist er ein Experte in dieser Region.

**Schwerpunkt Westbalkan.** Der strategische Schwerpunkt des Bundeskriminalamts liegt vor allem in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität am Westbalkan. Durch die Vertiefung und den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Strafvollzugsbehörden des jeweiligen Landes wird ein Netzwerk geschaffen, das die Bekämpfung der Strukturen der organisierten Kriminalität ermöglicht. Dadurch kann nicht nur im Projektland Nordmazedonien die Kriminalität reduziert werden, sondern es führt auch zu einer Verringerung von Kriminalität in Österreich und Gesamteuropa.

So konnten im Fonds für die innere Sicherheit mit dem Projekt „Joint investigations with the countries of the western Balkans to combat organized crime and its effect on the EU“, das von September 2013 bis Dezember 2015 lief, Erfolge gefeiert werden, auf denen man aufbauen möchte. „Bereits abgeschlossene Projekte des Bundeskriminalamts in dieser Region bestärken uns darin, an neuen teilzunehmen und unser Know-how weiterzugeben, denn dadurch konnten beispielsweise Verfahren mit Verurteilungen mit Haftstrafen von insgesamt fast 2.000 Jahren abgeschlossen werden“, sagt Dieter Csefan.

*R. T.*